

Knappheiten bei den 45 wichtigsten Bergbauprodukten bis zum Jahr 2010 müsse gerechnet werden. China werde sich dann mit der Nachfrage nach hochwertigem Eisenerz, Kupfer, Zink und Aluminium an den internationalen Markt wenden. (Zhongguo Xinwen She in Chinese, 0613 GMT, 22.12.99, FBIS-CHI-1999-1226) -schü-

27 Befragung leitender Manager in Asien zum WTO-Beitritt Chinas

Die *Far Eastern Economic Review* führte zusammen mit CNBC Asia Anfang Dezember eine Fax-Umfrage unter leitenden Managern in zehn asiatischen Ländern durch, um deren Einstellungen zum anstehenden WTO-Beitritt Chinas zu ermitteln. Es wurden die folgenden vier Fragen gestellt:

- 1) Wird der Beitritt Chinas zur WTO für die wirtschaftliche Entwicklung Ihres Landes hilfreich sein oder die Wirtschaft Ihres Landes beeinträchtigen?
- 2) Glauben Sie, daß die Bedingungen des sino-amerikanischen Abkommens über den Beitritt Chinas zur WTO zu nachsichtig oder zu anspruchsvoll gegenüber China sind?
- 3) Wird das sino-amerikanische Abkommen Sie dazu ermuntern, in China zu investieren?
- 4) Glauben Sie, daß die WTO-Mitgliedschaft Chinas Wirtschaftsreformen voranbringen wird?

Im folgenden werden die Ergebnisse dieser Umfrage vorgestellt:

Zwei Drittel der Befragten (68,2%) zeigten sich bei der Beantwortung der ersten Frage sehr optimistisch. Sie gehen davon aus, daß die Wirtschaft ihres Landes durch Chinas WTO-Beitritt Vorteile haben wird. Nur rd. ein Viertel der Befragten in Südkorea, den Philippinen, Thailand und Indonesien sind der Ansicht, daß die Wirtschaft ihrer Länder durch Chinas Aufnahme beeinträchtigt wird.

Bei der Beantwortung der zweiten Frage äußerten 61,5% der Befragten die Ansicht, daß es sich um faire Vertragsbedingungen handele. Mehr als ein Viertel (28,6%) der Befragten gab an,

daß die Vertragsbedingungen zu nachsichtig gewesen sein. Besonders kritisch waren dabei Manager aus Taiwan, von denen 53,3% die Meinung vertraten, daß die Bedingungen zu nachsichtig für China waren.

Für mehr als die Hälfte (56,8%) der Manager verändert sich mit dem WTO-Beitritt nicht ihre Investitionsplanung bezüglich China, zu der in der dritten Frage Stellung genommen werden sollte. 40,1% gaben allerdings an, daß sie wahrscheinlich eher in China investieren werden. Nur für 3,1% der Befragten bedeutet der WTO-Beitritt, daß sie weniger wahrscheinlich in China investieren werden.

Mit einem überwältigenden Anteil von 83,2% bejahten die Manager die vierte Frage, daß die Aufnahme Chinas die dortigen Wirtschaftsreformen fördern werde. Nur 16,8% der Befragten waren der Meinung, daß dies nicht der Fall sein wird. -schü-

Binnenwirtschaft

28 Vorläufige Daten zur Wirtschaftsentwicklung 1999

Für das Jahr 1999 meldete das Staatliche Statistikamt in China erste Daten zur Wirtschaftsentwicklung des laufenden Jahres. Eine optimistische Betrachtung der Wirtschaftsentwicklung könnte in der vorläufigen Wachstumsrate von 7,1% einen Beweis für den Erfolg der staatlichen Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums sehen. Trotz der negativen Einflüsse der Asienkrise könnte aus dieser Sicht argumentiert werden, daß das Wirtschaftswachstum vor weiteren Einbrüchen bewahrt wurde. Eine kritische Betrachtung müßte allerdings fragen, ob sich die fiskalischen und anderen Anreize wirklich auf das Wirtschaftswachstum ausgewirkt haben und ob nicht die damit verbundenen Nebenwirkungen wie höhere Staatsverschuldung etc. ebenfalls berücksichtigt werden müßten. Das nach vorläufigen Daten gemeldete Wirtschaftswachstum liegt zwar etwas höher als Anfang des Jahres mit 7% geplant, doch stellt es die niedrigste Zuwachsrate der ge-

samtwirtschaftlichen Entwicklung seit 1990 dar.

Gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten:

Das BIP-Wachstum wird sich nach vorläufigen Angaben des Staatlichen Statistikamtes für 1999 auf 7,1% belaufen und ein Volumen von 8.319 Mrd. Yuan haben. Vorläufigen Angaben des Statistikamtes zufolge sank das Wachstum im Verlaufe des Jahres von 8,3% im 1. Quartal auf 7,1% im 2. Quartal, auf 7% im 3. Quartal und schließlich auf weniger als 7% im 4. Quartal 1999.

Der Primärsektor wies eine Wachstumsrate von 2,8% auf (1.440,5 Mrd. Yuan) auf, der Sekundärsektor (Industrie und Bauwirtschaft) erreichte 8,5% (4.076,3 Mrd. Yuan), und der Tertiärsektor verzeichnete eine Wachstumsrate von 6,9% (2.802,2 Mrd. Yuan).

Landwirtschaftliche Entwicklung:

Zu den wichtigsten Daten aus der Landwirtschaft zählt die Getreideproduktion, die im Vergleich zum Vorjahr bei rd. 500 Mio. t liegt und um etwa 1% zurückgegangen ist. (JJRB, 30.12.99) Anderen Quellen zufolge wird mit einem Getreideoutput von lediglich 495 Mio. t gerechnet, das wäre rd. 3% weniger als 1998. (SCMP, 28.12.99) Die Baumwollproduktion wird nach ersten Schätzungen mit 3,83 Mio. t angegeben (-14,9%), der Output bei Ölfrüchten lag bei 25,91 Mio. t (+12%), und die Ernte zuckerhaltiger Pflanzen betrug 85,35 Mio. t (-12,8%). Bei den Wasserprodukten (Fische, etc.) lag der Output bei mehr als 41 Mio. t (+6%) und bei dem Fleischoutput bei 59,53 Mio. t (+4%).

Industrieentwicklung:

Die industrielle Wertschöpfung stieg um 8,8% im Landesdurchschnitt (3.485 Mrd. Yuan). Die Situation der Industrieunternehmen soll sich nach Angaben des Statistikamtes deutlich verbessert haben. Die Gewinne der Unternehmen stiegen um 61,5% und erreichten ein Volumen von 182,6 Mrd. Yuan, während die Verluste der Unternehmen um 12,8% zurückgingen.

Statistiken über die Gewinnentwicklung sind nicht unbedingt als zuverlässig einzustufen. Diese Aussage wurde im Dezember durch einen Bericht des Finanzministeriums nochmals bestätigt. So haben Stichproben-Untersuchungen des Finanzministeriums ergeben, daß nahezu 90% der 100 staatseigenen Unternehmen, die überprüft wurden, falsche Angaben über ihre Gewinnsituation gemacht hatten. Diese Unternehmen fälschten ihre Gewinn- und Verlustrechnungen im letzten Jahr und wiesen um 2,7 Mrd. Yuan höhere als tatsächlich erwirtschaftete Gewinne aus. Weiterhin fälschten 81 der 100 untersuchten Unternehmen die Angaben über ihre Vermögenswerte um einen Betrag von 2,61 Mrd. Yuan. (SCMP, 24.12.99)

Investitionen und Konsumnachfrage:

Die Anlageinvestitionen stiegen im laufenden Jahr nach ersten Schätzungen um 7,8% und erreichten ein Volumen von 2.200 Mrd. Yuan. Gegenüber der Wachstumsrate der Investitionen von 14% im Jahre 1998 war dies eine stark reduzierte Zunahme.

Trotz der Erhöhung der städtischen Einkommen, mehrfache Senkung der Sparzinsen sowie Besteuerung von Einlagenzinsen stieg der Einzelhandelsumsatz lediglich um 6,8% auf 3114 Mrd. Yuan. Unter Berücksichtigung der negativen Preissteigerungsrate erhöhte sich die Konsumnachfrage sogar um rd. 10%.

Einkommen und Preisentwicklung:

Durch verschiedene Maßnahmen wurden im Verlauf des Jahres die städtischen Einkommen der Rentner und Arbeitslosen verbessert, so daß der reale Einkommensanstieg für die städtische Bevölkerung 9,3% beträgt; das Durchschnittseinkommen beläuft sich auf 5.859 Yuan. Die Einkommen der ländlichen Bevölkerung erhöhten sich lediglich real um rd. 4% und betragen durchschnittlich 2.205 Yuan. Die Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Anbau sollen vorläufigen Schätzungen zufolge um 2,3% gefallen sein. (SCMP, 28.12.99)

Nach wie vor besteht eine deflationäre Entwicklung. Die Einzelhandelspreise sanken gegenüber dem Vorjahr um

2,9%; der Rückgang der Verbraucherpreise beträgt 1,3%. (JJRB, 30.12.99; SCMP, 30.12.99)

Außenwirtschaftliche Entwicklung:

Die Exporte beliefen sich auf 195 Mrd. US\$, dies war ein Anstieg um rd. 6% gegenüber 1998. Im letzten Jahr hatte sich die Asienkrise vor allem als Zunahme der Ausfuhren um lediglich 0,5% niedergeschlagen. Aufgrund der starken Erhöhung der Einfuhren um 18% bzw. auf 165 Mrd. US\$ betrug der Außenhandelsüberschuß in diesem Jahr noch rd. 30 Mrd. US\$. (FAZ, 30.12.99)

Der Zufluß von Auslandskapital blieb in den ersten elf Monaten d.J. eher enttäuschend. Während die realisierten Auslandsinvestitionen um 9,7% fielen und noch 37,08 Mrd. US\$ ausmachten, gingen die zugesagten Direktinvestitionen aus dem Ausland sogar um 18,9% zurück und lagen bei 35,64 Mrd. US\$.

Die relativ positive Exportentwicklung trug dazu bei, daß die Devisenreserven weiter zunahmen. Ende November stiegen diese auf 153,77 Mrd. US\$. Gegenüber Ende 1998 (145 Mrd. US\$) erhöhten sich die Reserven deutlich. (SCMP, 22.12.99; AWSJ, 24.12.99) -schü-

29 Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums 2000

Auf einer Nationalen Konferenz zur Finanzpolitik Anfang Dezember kündigte Finanzminister Xiang Huai-cheng an, daß die Regierung auch im kommenden Jahr ihre aktive Fiskalpolitik fortsetzen werde, um ein hohes wirtschaftliches Wachstumstempo zu fördern. Zur Finanzierung dieser Politik werde die Regierung erneut Staatsanleihen mit einer langen Laufzeit begeben. Die Emission von Anleihen soll vor allem für den Bau von Infrastrukturprojekten, zur Modernisierung von industriellen Technologien, zur wirtschaftlichen Entwicklung von Zentral und West-China sowie für Projekte in den Bereichen Forschung, Technologie und Bildung eingesetzt werden. Im einzelnen nannte der Minister den Bau von Projekten zur Kanalisierung von überschüssigem Wasser des Yang-

tse in den trockenen Norden Chinas und den Bau einer Autobahn von Beijing nach Shanghai. Xiang kündigte ebenfalls an, die Steuerrückerstattung für Exporteure zu erhöhen, um Ausfuhranreize zu bieten. (XNA, 9.12.99)

Auf der Konferenz forderte der stellvertretende Ministerpräsident Li Lan-qing konkrete Maßnahmen zur Fortsetzung der aktiven Fiskalpolitik der Regierung. Li wies darauf hin, daß die unzureichende Inlandsnachfrage auch im kommenden Jahr zu den Kernproblemen beim Wirtschaftswachstum zählen wird. (XNA, 9.12.99)

Nach Angaben des *Asian Wall Street Journal* vom 10./11.12.99 soll der stellvertretende Finanzminister am 10.12. das Volumen der im kommenden Jahr geplanten Anleiheemission mit 100 Mrd. Yuan (12,1 Mrd. US\$) benannt haben. Auf die Zentralregierung sowie auf die Lokalregierungen entfielen jeweils die Hälfte des Emissionswertes.

Die Ankündigung einer erneuten Emission von Anleihen zur Finanzierung der aktiven Fiskalpolitik wird zwar von vielen Beobachtern positiv bewertet, jedoch auch auf die negativen Folgen hingewiesen. Diese betreffen beispielsweise den Zusammenhang zwischen fiskalischen Anreizen zur Stimulierung der Wirtschaft und die Staatsverschuldung. In den letzten zwei Jahren hatte die Regierung bereits das Volumen der Staatsanleihen stark ausgeweitet. Im Jahre 1998 wurden zusätzlich 100 Mrd. Yuan und 1999 zusätzlich rd. 60 Mrd. Yuan an fiskalischen Anreizen über Anleiheemissionen finanziert. Trotz dieser Finanzspritzen ging das Wachstum 1998 von 8,8% im Vorjahr auf 7,8% zurück, und in diesem Jahr wird ebenfalls nur mit einem Wachstum von rd. 7% gerechnet.

Auch Vizeminister Lou sieht die Gefahren der Belastung des Staatshaushalts durch eine großzügige Ausgabenpolitik. So wurde in diesem Jahr das Haushaltsdefizit um 56% auf rd. 18 Mrd. US\$ ausgeweitet, und auch im kommenden Jahr wird Lou zufolge das Defizit weiterhin sehr hoch sein. Obwohl das Haushaltsdefizit nach internationalen Standards noch relativ gering ist, räumt Lou ein, daß auch die Kosten für die Finanzierung der jährlichen Defizite im Haushalt sowie an-

dere nicht im Haushalt auftauchende Kosten einbezogen werden müßten, so daß dann das Defizit höher ausfallen würde. Da nicht nur hohe Ausgaben für die Stärkung des Wirtschaftswachstums erforderlich sind, sondern auch für andere Schlüsselbereiche der Wirtschaft - insbesondere für die Rekapitalisierung der Staatsbanken und für den Aufbau einer überbetrieblichen Sozialversicherung - müssen zusätzliche Wege der Finanzierung gesucht werden.

Ergänzend zur Finanzierung der Fiskalpolitik über Anleihen werden derzeit Pläne für Steuererhöhungen und eine Einführung neuer Steuerarten diskutiert. Hierzu zählt eine Ausweitung der Steuersätze für Verbrauchssteuern und private Einkommenssteuern sowie neue Steuern wie z.B. die Benzinsteuern, Kfz-Steuer, Erbschaftsteuer. (ASWSJ, 10./11.2.99; FT, 10.12.99)

Kritiker der Ausgabenpolitik der Regierung, die in der Tradition der Wirtschaftspolitik von Keynes gesehen wird, weisen darauf hin, daß weder eine Trendwende im rückläufigen Wirtschaftswachstum erreicht, noch ein größeres langfristiges Wachstumspotential geschaffen wurde. Entgegen den keynesianischen Annahmen könne durch staatliche Ausgabenerhöhung für Infrastrukturprojekte und höhere Transferzahlungen nicht langfristig die tatsächliche Entwicklung der Wirtschaft beeinflusst werden. Vielmehr habe die Regierung zur Finanzierung der Ausgabenpolitik später höhere Steuern zu erheben. Da die Bevölkerung mit Steuererhöhung rechnet, steige ihre Sparneigung trotz aller Maßnahmen, um ihre Konsumbereitschaft zu erhöhen. (AWSJ, 16.12.99)

Daß die Regierung im kommenden Jahr aufgrund der vielfältigen Herausforderungen versuchen muß, eine Trendwende nach mehreren Jahren des schrittweisen Rückgangs des Wirtschaftswachstums herbeizuführen, darauf verweist auch die *Financial Times* in einem Artikel am 29.12.99. So werde ein hohes Wachstumstempo erforderlich sein, um Arbeitsplätze für die 16-18 Mio. städtischen Arbeitslosen sowie die mehr als 100 Mio. unterbeschäftigten Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten zu schaffen. Weiterhin würden durch

den WTO-Beitritt neue Herausforderungen entstehen. Ohne ein relativ hohes Wirtschaftswachstum könnten sich die nach dem Beitritt notwendigen weiteren marktwirtschaftlichen Reformen sehr schmerzhaft auswirken und risikoreich sein.

Die Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2000 gehen im allgemeinen von einer deutlichen Erhöhung des Wachstumstempos aus.

Nach Einschätzung von Hu Biliang, Professor der Wirtschaftswissenschaften, ist mit einem Anstieg des Wirtschaftswachstums im kommenden Jahr auf rd. 7,5% unter Berücksichtigung von drei speziellen Wachstumsmotoren zu rechnen. Zu den drei Wachstumskräften zählt Hu 1. die positive Wirkung der weiteren gesamtwirtschaftlichen Stimulierungspolitik, 2. die höhere Effizienz der Ressourcenallokation durch die Vertiefung der Reformen, und 3. die motivierenden Einflüsse auf Außenhandel und Zufluß von Auslandskapital durch den Beitritt Chinas zur WTO.

Hu geht davon aus, daß aufgrund der Ausweitung der Ausgabenpolitik auf Investitionen in die technologische Transformation der Unternehmen, deren Beitrag zum Wirtschaftswachstum größer sein wird als das Wirtschaftswachstum, das auf Investitionen in Infrastruktur basiert. Aufgrund dieser Annahme rechnet Hu auch damit, daß trotz einer geringeren Emission von Anleihen im laufenden Jahr gegenüber 1998 jedoch ein ähnlicher hoher Beitrag zum Wirtschaftswachstum geleistet werden kann.

Das kommende Jahr 2000 ist Hu zufolge von zentraler Bedeutung für viele Reformmaßnahmen. Nach der strategischen Planung des Staatsrats sollen wesentliche Erfolge im kommenden Jahr vor allem in den Bereichen Reform der Staatsunternehmen, Wohnungsmarktreform in den Städten, Reform der Sozialversicherung, Strukturreform bei Finanzen und Steuern, Reform der Getreidedistribution sowie Reform des Außenhandels erzielt werden. Obwohl diese Reformen verschiedene Ziele und Bedeutungen haben, tragen sie Hu zufolge zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums bei.

Hu rechnet damit, daß sich im ersten Jahr des WTO-Beitritts zunächst

die positiven Auswirkungen der Aufnahme in die WTO feststellen lassen. Hierzu zählt Hu höhere Exporte, stärkere Zuflüsse von Auslandskapital, eine verbesserte gesamtwirtschaftliche Situation sowie positivere Erwartungen der Bevölkerung zur Wirtschaftsentwicklung. (Zhongguo Xinwen She in Chinese, 22.12.99, FBIS-CHI-1999-1226) -schü-

30 Rückgang der Spareinlagen als Reaktion auf Besteuerung der Zinseinkünfte

Nach chinesischen Daten zur Geldentwicklung haben die Sparer im Oktober und November mehr Geld von ihren Konten abgehoben als eingezahlt. Diese Entwicklung wird auf die neu eingeführte Besteuerung von Zinseinkünften zurückgeführt.

Im November gingen die Spareinlagen um 8,5 Mrd. Yuan bzw. um 0,14% gegenüber dem Vormonat zurück. Bereits im Oktober waren die Spareinlagen um 0,2% im Vergleich zu September gesunken. Das gesamte Volumen der Spareinlagen gibt die Zentralbank mit 5,92 Billionen Yuan für Ende November an.

Zwar sind die Spareinlagen auch in diesem Jahr weiter gestiegen, doch hat sich das Wachstumstempo verlangsamt. So beträgt die Zunahme der Spareinlagen bis Ende November 1999 gegenüber dem Vorjahreszeitraum 1998 noch 11,8%; bis Ende September hatte der Zuwachs bei 15,1% und bis Ende Oktober bei 13,4% gelegen. (IHT, 13.12.99)

Obwohl die Sparer mehr Geld abgehoben als eingezahlt haben, scheint sich ihre Konsumbereitschaft noch nicht radikal verändert zu haben. So stieg der Einzelhandelsumsatz in den ersten 11 Monaten d.J. lediglich um 6,7% gegenüber der Vorjahresperiode. Im letzten Jahr hatte der Einzelhandelsumsatz eine Zunahme um 6,8% verzeichnet. Auch die weiter fallenden Einzelhandelspreise bieten keine Kaufreize. Im November sanken die Preise im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,8%; in den ersten elf Monaten d.J. gingen die Preise sogar um 3% gegenüber der Vorjahresperiode zurück. (FT, 16.12.99) -schü-

31 Kapazitätskürzungen bei Kohle, Stahl und Zucker

Der stellvertretende Ministerpräsident Wu Bangguo forderte auf der nationalen Konferenz für Wirtschaft und Handel Mitte Dezember alle Lokalregierungen dazu auf, die Reformziele für die Umstrukturierung der staatseigenen Unternehmen umzusetzen. Auch sollten die Lokalregierungen die Kontrolle über die Produktionskapazitäten in der metallurgischen Industrie, in der Kohle- sowie in der Zuckerindustrie verstärken.

Um die Situation in der metallurgischen Industrie zu verbessern, sollten Wu zufolge die Outputkapazitäten von großen Unternehmen beschränkt und von kleinen Unternehmen, die rückständige Produktionskapazitäten aufweisen, eliminiert werden. Die Kohleindustrie sollte die bisherigen Ergebnisse konsolidieren und stärkere Anstrengungen machen, verlustreiche Minen zu schließen und durch die Reduzierung des Outputs bessere Marktpreise und den Abbau der Lagerhalden erreichen.

Wu forderte die Zuckerindustrie ebenfalls auf, einen Teil der Unternehmen zu schließen, um die Überkapazitäten zu reduzieren und Verlustunternehmen zu eliminieren. (XNA, 15.12.99)

Konkrete Angaben über die Zahl der zu schließenden Unternehmen gab Sheng Huaren, Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, bekannt. So sollen im Jahr 2000 mehr als 140 Zuckerraffinerien mit dem Ziel geschlossen werden, die Zuckerproduktion landesweit von 10,5 Mio. t auf 7,5 Mio. t zu senken. Zu den Grundproblemen der Industrie zählt Sheng Verluste in Höhe von 2,2 Mrd. Yuan und das geringe Technologieniveau. (XNA, 9.12.99)

Nach Angaben der *Economic Information Daily* soll der Kohleoutput auf ein Niveau unter 900 Mio. t reduziert werden. Der Stahloutput ist auf unter 110 Mio. t zu begrenzen; bei Stahlprodukten soll das Outputvolumen nicht mehr als 100 Mio. t im nächsten Jahr betragen. Um die Outputreduzierung durchzusetzen, sollen Kredite an solche Unternehmen untersagt werden, die ohne Genehmigung den Output erhöht hätten. (SCMP, 2.12.99)

Überkapazitäten der Zuckerindustrie stehen einem im internationalen Vergleich relativ niedrigen Verbrauch der Bevölkerung gegenüber. So erklärten Vertreter des chinesischen Nahrungsmittelhandels auf einer Tagung der Internationalen Zucker-Organisation, daß der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch der chinesischen Bevölkerung bei lediglich 6,5 Kilogramm liegt, während der Weltdurchschnitt 21 Kilogramm betrage. (FAZ, 5.12.99)

Die Zuckerindustrie hat nach Angaben des Direktors der Staatlichen Verwaltung für Leichtindustrie, Chen Shingeng, im Jahre 1999 bereits einige Reformfolge aufzuweisen. Auf der Nationalen Konferenz für die Leichtindustrie Mitte Dezember berichtete Chen, daß von den 1.143 Schlüsselunternehmen der Zuckerindustrie, die Verluste aufweisen, 105 Unternehmen ihre Produktionsaktivitäten neu strukturiert hätten und daß 88 Unternehmen geschlossen worden seien. Weitere 24 Schlüsselunternehmen planen nach Angaben von Chen in nächster Zeit eine Umstrukturierung ihrer Schulden in Wertpapiere mit einem Volumen von 11,8 Mrd. Yuan. (XNA, 7.12.99) -schü-

32 Maßnahmen zur Entspannung der sozialen Lage

Auf die großen Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit, Migration und Armut müssen die Zentralregierung sowie die Lokalregierungen zunehmend reagieren, um soziale Spannungen zu vermeiden. Im folgenden werden einige Beispiele dazu aus den letzten Wochen vorgestellt.

Für freigesetzte Arbeitskräfte sowie für andere bedürftige Bevölkerungsteile in der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing wurde beispielsweise im Dezember eine neue Politik der medizinischen Versorgung eingeführt. Während in der Vergangenheit die Arbeitseinheiten bzw. die *danwei* alle medizinischen Ausgaben der Beschäftigten übernahmen, verändert sich nun die Situation mit Einführung der Marktwirtschaft.

Zwar mußten die Beschäftigten bereits unter den planwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einen bestimmten Prozentsatz der medizinischen Versorgungskosten übernehmen. Die

schnelle Zunahme der Apotheken und Drogerien in den letzten Jahren machte deutlich, daß viele Arbeitseinheiten die medizinischen Ausgaben nicht mehr aufbringen konnten.

Die neue Politik sieht vor, daß Arbeitslose nur 70% ihrer Operationskosten übernehmen und daß sie von den Registrierungsgebühren bei den Krankenhäusern ausgenommen werden. Diejenigen Arbeitslosen, die über einen Nachweis der Unterstützung für ihr Existenzminimum verfügen, brauchen außerdem nur die Hälfte der Kosten für den Krankenhausaufenthalt, für Diagnosen und für Behandlungen zahlen. (XNA, 15.12.99)

Das zweite Beispiel betrifft die Beschränkung von Migranten am städtischen Arbeitsmarkt. In Beijing wurde die protektionistische Barriere für den Zugang von Migranten zum Arbeitsmarkt erhöht, um die eigenen städtischen Arbeitskräfte zu schützen. Bereits vor dem Nationalfeiertag Anfang Oktober hatte die Stadtregierung Migranten ohne Arbeitsgenehmigung in ihre Dörfer zurückgeschickt. Nun berichten die staatlichen Medien Mitte Dezember, daß die Zahl der Branchen, die Arbeitskräfte von außerhalb Beijings einstellen dürfen, erheblich reduziert wurde. Zu den 105 Wirtschaftszweigen, in denen zukünftig keine Migranten mehr arbeiten dürfen, zählen insbesondere Hotel- und Gaststättengewerbe, Reiseagenturen, der Finanzsektor, Werbung, Computerdienstleistungen und Tätigkeiten als Fahrer. Nur in 76 Wirtschaftszweigen, vor allem solche mit niedriger Bezahlung wie Ackerbau in den suburbanen Regionen und Transport, dürfen auswärtige Arbeitskräfte beschäftigt werden. Aber auch in diesen Wirtschaftszweigen sollen mindestens 30% aller Stellen für lokale Arbeitskräfte reserviert werden. (SCMP, 17.13.99)

Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und sozialen Protesten wird im folgenden Beispiel sichtbar. So blockierten beispielsweise rd. 1.500 freigesetzte Arbeitskräfte in Chengdu (Hauptstadt der Provinz Sichuan) den Verkehr und protestierten gegen Korruption und Unfähigkeit der ehemaligen Fabrik, bei der sie bis Mai d.J. beschäftigt gewesen waren, die geringen monatlichen Basiszahlungen von 190 Yuan (anstelle von Arbeitslosengeld) zu leisten. (SCMP, 14.12.99)

Ebenfalls in der Provinz Sichuan, und zwar in Neijiang, demonstrierten im Dezember rd. 1.000 freigesetzte Arbeitskräfte und Rentner, und blockierten den Verkehr. Die Demonstranten wiesen darauf hin, daß die monatlichen Zahlungen der Fabrik in Höhe von 120 Yuan pro Monat nicht zum Leben ausreichten. Die Proteste waren zum Ausbruch gekommen, als die Elektrizitätslieferungen für die Wohnungen der Arbeiter, die zur Fabrik gehörten und die nicht mehr bezahlt worden waren, vom Elektrizitätswerk eingestellt wurden. Insgesamt hat die Fabrik noch 800 Arbeitskräfte, die beschäftigt sind, muß jedoch 700 Rentner sowie rd. 1.000 freigesetzte Arbeitskräfte versorgen. (SCMP, 17.12.99)

Um auf die schlechte materielle Absicherung reagieren zu können, wurden für 1999 bereits die Mittel im Staatshaushalt von 10 Mrd. Yuan auf 20 Mrd. Yuan angehoben. (Zhongguo Jingji Shibao, Beijing web site in Chinese, 6.12.99)

Als Problem stellt sich auch die Not der Bevölkerungsteile dar, deren Häuser aufgrund der Sommerüberschwemmungen zerstört wurden. Nach Meldungen des Internationalen Roten Kreuzes sollen Zehntausende in Süd- und Zentralchina den Winter in Zelten verbringen müssen. (IHT, 24.-26.12.99)

Der Kampf gegen die Armut zählt dem Ökonomen Hu Angang zufolge zu den größten sozialen Herausforderungen. Hu geht von einer Anzahl von rd. 120 Mio. Bauern aus, die nach internationalen Standards unterhalb der Armutsgrenze leben. Die Regierung ihrerseits benennt eine Zahl von nur noch 40 Mio. Menschen als absolut arm.

Als Strategie gegen die Armut empfiehlt Hu die Erhöhung der Pro-Kopf-Einkommen der Bauernfamilien um rd. 30% bis zum Jahre 2005 sowie die Verbesserung ihrer Ernährungsgrundlagen. Bauern sollten Priorität bei der Vergabe von Arbeitsplätzen in ländlichen Bauprojekten der Regierung eingeräumt werden. Weiterhin sollte die Regierung mehr Anreize für ihre Beschäftigung in den Städten und bei der Gründung eigener Unternehmen bieten. Außerdem forderte Hu den Ausbau der Infrastruktur in den ländlichen

Gebieten, um dort die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. (SCMP, 6.12.99) -schü-

SVR Hongkong

33 Behörden genehmigen internationale Versammlung von Falungong-Anhängern

Am Wochenende des 11. und 12. Dezember 1999 versammelten sich annähernd 1.000 Falungong-Anhänger zu einer internationalen Konferenz in Hongkong. Unter den Teilnehmern befanden sich auch ausländische Staatsangehörige aus den USA, Kanada, Australien, Japan, Taiwan, Singapur, Großbritannien, Frankreich und Schweden.

In Hongkong genießt Falungong als offiziell registrierte Vereinigung legalen Status. Die Organisatoren hatten ihre Pläne für eine internationale Versammlung einige Tage zuvor den Sicherheitsbehörden vorgelegt und deren Genehmigung erhalten. Die Aktivitäten beinhalteten eine Kundgebung in Form einer großangelegten Falungong-Gruppenübung vor dem Büro der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua im Stadtbezirk Happy Valley sowie ein eintägiges Symposium am Sonntag, das im zentral gelegenen Convention and Exhibition Centre stattfand. Teilnehmer übergaben einen an Jiang Zemin adressierten offenen Brief und forderten die chinesische Führung zum Dialog und zur Beendigung der Unterdrückung von Falungong-Anhängern auf dem Festland auf. Mehrere Male wurde von Seiten der Teilnehmer betont, daß die Falungong-Bewegung über keinerlei politische Agenda verfüge, sondern einzig für die Verbreitung moralischer Werte und gesundheitsfördernder Atemtechniken eintrete (SCMP, 8., 9., 10., 11., 12., 13.12.99; SWB, 12., 13.12.99).

Durch die offizielle Genehmigung dieser Veranstaltungen bestärkt, beantragten die Organisatoren außerdem die Erlaubnis für eine Kundgebung am darauffolgenden Tag, dem 13. Dezember, vor dem im Stadtzentrum gele-

genen Sitz des Sonderbevollmächtigten des chinesischen Außenministeriums für die SVR Hongkong. Auch diese Kundgebung wurde von den Sicherheitsbehörden genehmigt. An dem Tag versammelten sich zwanzig ausländische Falungong-Anhänger für eine halbstündige Protestveranstaltung vor dem Gebäude und hinterließen am Eingangstor eine Bittschrift, in der sie die Beijinger Führung aufforderten, mit Li Hongzhi persönlich zu Gesprächen zusammenzutreffen. Ihre Kundgebung schlossen sie mit einem kollektiven Gebet ab (SCMP, 10., 11., 14.12.99).

Daß es sich bei der Entscheidung der Hongkonger Behörden für eine Genehmigung der Kundgebungen um eine politische Gratwanderung handelte, machen verschiedene Stellungnahmen hochrangiger Politiker deutlich. Während einige Stimmen äußerten, die Abhaltung derartiger Kundgebungen sei unter dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ völlig problemlos, kritisierten andere prochinesische Kräfte, die Organisatoren hätten eben dieses Prinzip ohne Rücksicht auf politische Empfindlichkeiten ausgenutzt und dadurch der Volksrepublik einen „Schlag ins Gesicht“ versetzt, der die Beziehungen zwischen Beijing und Hongkong erheblich gefährde. Regierungschef Tung Chee-hwa und der Hongkonger Xinhua-Direktor Jiang Enzhu warnten im Vorfeld der Versammlungen die Teilnehmer mehrfach davor, anti-chinesische Aktivitäten zu entfalten oder gar zu versuchen, über die Grenze hinweg direkten Einfluß auf volksrepublikanisches Gebiet zu nehmen (SCMP, 8., 9.12.12.99; *Ta Kung Pao*, 9.12.99, nach SWB, 11.12.99; *Wen Wei Po*, 13.12.99, nach SWB, 14.12.99).

David Lan Hong-tsung, Minister der Sonderverwaltungsregion für Innere Angelegenheiten, beschrieb die schwierige Situation für die Hongkonger Regierung mit den Worten: „For example, people can sing if they have the right to sing. But some may think of something other than singing or doing something to make life difficult for the Government“ (SCMP, 13.12.99).

Nach den Bestimmungen des Hongkonger Grundgesetzes hat die Regierung der Sonderverwaltungsregion das